

Ideen für die nächsten 5 Jahre in Köln

Folgendes sollte sich in der Wechselbeziehung zwischen dem Rat als beschließendem Organ, der Verwaltung als ausführendem und beratenden Organ sowie der engagierten Bürgerschaft ändern:

<p>Der Einfluss der 90 ehrenamtlichen Entscheider*innen im Rat auf die 18.000 hauptamtlichen Ausführenden muss gestärkt werden. Die engagierten Bürger*innen sollen bereits am Anfang der Planungs- und Entscheidungsprozesse einbezogen werden.</p>	<p>Diana Siebert (Bündnis 90/ GRÜNE)</p>
<ol style="list-style-type: none">1. Der Stadtrat erkennt transparent und bestmöglich die Grundbedürfnisse und Bedarfe aller BürgerInnen und formuliert diese transparent in klare Ziele, ohne der Verwaltung in die Ausführung zu grätschen.2. Die Verwaltung setzt die Ziele mit größtmöglicher Bürgernähe schrittweise um. Sie macht kleine Anpassungen für kleinere Probleme sowie Widerstände aus der Bürgerschaft agil und transparent selbst. Größere Widerstände zur Zielanpassung gibt sie transparent an den Stadtrat zurück. Sie vermeidet es unter allen Umständen, die Ziele nur scheinbar zu erfüllen.3. Die Bürgerschaft interessiert sich für die Arbeit des Stadtrates und der Verwaltung und kommuniziert ihre Bedürfnisse, zur Not durch Protest, idealerweise jedoch mit deutlich schnelleren digitalen und kommunikativen Methoden. Und sie ist vor allem vermehrt motiviert, selbst anzupacken uns für eine Zeit im Stadtrat, in der Verwaltung oder im ehrenamtlichen Engagement die Stadt mitzugestalten und dort eine Zeitlang in Verantwortung zu gehen.	<p>Emanuel Florakis (Klimafreunde)</p>
<p>Durch den erfolgreich abgeschlossenen Prozess der grundsätzlichen Bürgerbeteiligung bei allen Verwaltungsvorlagen wurden wichtige Voraussetzungen für eine engere Einbeziehung der Bürgerschaft in den Beratungsprozess bei politischen Vorlagen. Dies zunächst im Verkehrsbereich und Sportbereich sowie in den Bezirksvertretung Nippes, Lindenthal und Kalk. Strukturierte Bürgerbeteiligung machen Vorhaben besser - die finale Entscheidung muss bei den gewählten Mandatsträger*innen liegen</p>	<p>Manfred Richter (Bündnis 90/ GRÜNE)</p>
<p>Grundsätzlich glaube ich, dass der Rat zu sehr ins Detail geht und damit zu wenig Ziele für die Verwaltung vorgibt, die diese dann umsetzt. Daher halte ich es für notwendig, den Bezirksvertretungen mehr Rechte einzuräumen, die dann auch über eigene Budgetrahmen verfügen müssen, um selber Prioritäten vor Ort festzulegen. Viel zu oft macht sich der Rat selber zur Verwaltung, weil bei der Verwaltung leider Projekte zu lange dauern bzw. ungewollte Projekte auf die lange Bank geschoben werden. Dies liegt allerdings weniger an den sehr guten Verwaltungskolleg*innen als an mangelnder wertschätzender und moderner Personalführung. Für engagierte Bürger*innen gibt es schon jetzt sehr viele Möglichkeiten auf Entscheidungen Einfluss zu nehmen. Es gibt die Möglichkeit von Anträgen, Anfragen und Beschwerden auch für Bürger*innen. Sicherlich muss im Bezug auf Partizipation mehr geschehen und gerade bei Projekten vor Ort mehr geschehen. Wichtig scheint mir zu betonen, dass der Rat für die ganze Stadt zuständig ist und nach meinen Verständnis den Parteien zur Bündelung von Interessen eine wichtige gesellschaftliche Funktion einnehmen.</p> <p>Für mich als Sozialdemokraten ist es aber auch wichtig, nicht engagierten</p>	<p>Lukas Lorenz (SPD)</p>

<p>Bürger*innen Gehör zu verschaffen. Viel zu oft agiert die Politik nach dem Motto, wer am lautesten auf sein Problem aufmerksam macht. Dies führt zu starken Disparitäten innerhalb der Stadtgesellschaft. Gerade in den Gegenden mit wenig Beteiligung führt diese unterschiedliche Behandlung zu noch mehr Resignation und spiegelt sich in sinkenden Wahlbeteiligungen wieder. Für mich Demokratietheoretisch ein sehr großes Problem!</p> <p>Es gilt also Formen der Beteiligung zu finden, die allen Bürger*innen gerecht werden. Das bedeutet für Verwaltung und Politik auch öfter vor Ort zu sein und in den Kontakt zu treten mit aufsuchender Arbeit, die die Menschen dort abholt, wo sie stehen.</p>	
<p>Die Umsetzung der Beschlüsse des Rates dauert weiterhin zu lang. Und hierbei meine ich nicht die Ämter, die von vielen unbesetzten Stellen gebeutelt werden (der öffentliche Dienst zahlt oftmals weniger als die Privatwirtschaft).</p> <p>Ich setze in der Politik immer auf Fairness, Transparenz und Offenheit, das wünsche ich mir auch umgekehrt von der Verwaltung wie den BürgerInnen. Wichtig ist mir, BürgerInnen, und hierbei besonders Kinder und Jugendliche frühzeitig zu informieren und zu beteiligen.</p> <p>Manchmal ist zunächst der Weg schon das Ziel, der Anfang ist gemacht. Die Politik muss sich auf die Ziele konzentrieren und nicht kleinteilig Einzelschritte vorgeben, dies setzt ein gutes Vertrauensverhältnis und eine effektive Beschlusskontrolle voraus.</p>	<p>Ulrike Kessing (Bündnis 90/ GRÜNE)</p>
<p>Die Politik muss aufhören, die bessere Verwaltung zu spielen. Und die Verwaltung muss alle Beschlüsse der Politik umsetzen und nicht nur die, die Sie für richtig oder wichtig hält.</p> <p>Das Verwaltungswissen muss allen Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt werden. Es darf keine Bevorzugung einzelner Fraktionen geben. Die Politik muss gegenüber bürgerschaftlichem Engagement noch aufgeschlossener werden. Die Politik muss auch bei den Gruppen und Initiativen genau hin hören, die nicht so gut aufgestellt sind und ggf. kein Sprachrohr in den Medien haben.</p>	<p>Michael Weisenstein und Jörg Detjen (DIE LINKE)</p>
<p>Der direkte Austausch zwischen Rat, Verwaltung und der engagierten Bürgerschaft ist sehr wichtig und kann und muss immer verbessert werden.</p> <p>Auch wenn dies nicht immer einfach ist, muss Politik manchmal mehr aus ihrer Blase heraustreten und mit den Bürger*innen ins Gespräch kommen. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass die bisherigen Anstrengungen von Rat und Verwaltung dahingehend verstetigt und ausgebaut werden. Darüber hinaus möchte ich mich dafür einsetzen, dass vom Rat gefällte Beschlüsse von der Verwaltung auch (zügig) umgesetzt werden.</p>	<p>Denise Abé (Bündnis 90/ GRÜNE)</p>
<p>Es muss sich was ändern. Die Verwaltung muss gegenüber Politik und Bürgerschaft dienstleistungsorientierter arbeiten, die Politik muss ihre Arbeit transparenter machen und ich würde mich freuen, wenn die Bürgerschaft sich mehr kommunalpolitisch interessieren und engagieren würde.</p>	<p>Ralph Sterck (FDP)</p>
<p>Die Erfahrungen mit der Wechselbeziehung zwischen Rat, Verwaltung und der engagierten Bürgerschaft sind sehr unterschiedlich. Stellenweise klappt das Zusammenspiel ganz gut. Oft dauert die Umsetzung von Beschlüssen aber zu lange. Hilfreich wäre die verstärkte Ausarbeitung von Prioritätenlisten und deren Umsetzung durch ein gemeinsames Monitoring mit der Politik.</p>	<p>Sabine Pakulat (Bündnis 90/ GRÜNE)</p>

<p>Diese Beziehung muss ich erst noch kennenlernen, da ich bislang weder Ratsmitglied noch Sachkundiger Bürger bzw. Einwohner bin und damit auch in Ausschüssen nicht mitwirke. Als Bezirksvertreter in der BV 3 (Lindenthal) kann ich allerdings sagen, dass sich die Verwaltung mit der Umsetzung von BV-Beschlüssen durchaus Zeit lässt. Auch Anfragen bleiben lange unbeantwortet, wie unsere Tagesordnung immer wieder belegt.</p>	<p>Gerd Kaspar (FDP)</p>
<p>Für den Rat (und die Bezirksvertretungen) muss deutlich werden, dass die gefassten Entscheidungen auch wirklich zeitnah umgesetzt werden. Die Verwaltung hat über die Sachstände regelmäßig zu berichten, damit nicht die Politik nachhalten muss, ob die Verwaltung in ihrem "laufenden" Geschäft umsetzt, was beschlossen wurde. Dafür wäre ein besseres Controlling insgesamt von Nöten, damit immer aktuell die jeweiligen Sachstände überprüft werden können. Die engagierte Bürgerschaft ist über die unterschiedlichen Beteiligungsverfahren und auch darüber hinaus einzubeziehen</p>	<p>Brigitta von Bülow (Bündnis 90/ GRÜNE)</p>
<p>Die anscheinende Betrachtung der engagierten Bürgerschaft als lediglich Blockierende oder Störer*innen durch die Politik und Stadtverwaltung muss aufhören. Eine bessere Zusammenarbeit durch verbesserte Anerkennung der Beiträge der engagierten Zivilgesellschaft und ihre frühzeitige Einbindung in die städtische Entscheidungsfindung wäre wünschenswert.</p>	<p>Dr. John Akude (Klimafreunde)</p>
<p>Köln muss bis 2035 klimaneutral werden und sich auf die Folgen der Klimakrise vorbereiten. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn vom Rat getroffenen Entscheidungen zügig durch die Verwaltung umgesetzt werden. In diesem Bereich sehe ich noch Verbesserungspotential.</p>	<p>Lars Wahlen (Bündnis 90/ GRÜNE)</p>
<p>Mir würde es schon reichen, wenn die Verwaltung alle Beschlüsse zeitnah umsetzen würde. Der Austausch mit engagierten Bürger*innen muss sich besser abbilden.</p>	<p>Mario Michalak (Bündnis 90/ GRÜNE)</p>
<p>Entscheidend für das Gelingen einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Politik ist, dass die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt frühzeitig in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Sie müssen sich rechtzeitig informieren können, es müssen Formate für eine angemessene Beteiligung entwickelt werden, und Bürgerinnen und Bürger müssen erfahren, dass die von ihnen gemachten Anregungen und getroffenen Entscheidungen tatsächlich auch umgesetzt werden. Daran hat es in der Vergangenheit oft gehapert. Ich will, dass der begonnene Prozess für eine bessere Bürgerbeteiligung konsequent fortgeführt wird und zu guten Ergebnissen kommt. Entscheidend für das Verhältnis von Rat und Verwaltung wird sein, dass die Politik wieder Politik macht (Ziele vorgeben) und die Verwaltung wieder Verwaltung (umsetzen). In Köln gab es leider allzu oft eine Verkehrung dieses Verhältnisses, beispielsweise maßt die Verwaltung sich immer wieder an, darüber zu entscheiden, was von den politischen Beschlüssen umgesetzt wird, wann dies geschieht und vor allem auch was nicht realisiert wird. Das muss sich ändern. Ich trete deshalb auch dafür an, dass die endlich begonnene Verwaltungsreform konsequent fortgeführt wird. Nachdem sich lange Zeit nichts getan hat, wurde in der vergangenen Wahlperiode mit dieser dringend notwendigen Reform begonnen. Es ist schwierig und braucht Zeit, eine über Jahrzehnte entstandene Verwaltungskultur für 19.000 Beschäftigte zu verändern. Natürlich will ich, dass Vieles schneller und nachhaltiger passiert. Aber ich weiß auch, dass für das Gelingen einer</p>	<p>Ralf Klemm (Bündnis 90/ GRÜNE)</p>

<p>solchen Reform die Beschäftigten mitgenommen und nachvollziehbare Widerstände argumentativ und mit Überzeugung gelöst werden müssen. Die Politik muss die nötigen Ressourcen für diesen Prozess bereitstellen, sich immer wieder damit befassen, ob die eingeschlagenen Wege in die richtige Richtung führen und einen langen Atem mitbringen. Und sie muss die Ergebnisse den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt vermitteln, die zu Recht eine bürger- und serviceorientierte Verwaltung wollen, die sorgsam mit ihren Ressourcen umgeht.</p>	
<p>Ich wünschte mir manchmal, dass sowohl die häufig ziemlich negative Haltung der Verwaltung gegenüber auf ein Normalmaß reduziert und der Ton und Umgang der Politik gegenüber respektvoller ist. Meine Erfahrung ist, dass häufig Maximalforderungen (vor allem wenn es um die Themen Geflüchtete, Bauen und Verkehr geht) gestellt werden, wenn sie aber nicht in Gänze umgesetzt werden (können) – was ja auch eine Frage des Abwägens im Rahmen des Allgemeininteresses ist – dann wird stark kritisiert – Letztlich arbeiten wir ehrenamtlich politisch und sind wie alle anderen Kölner Mitbürger*innen, die sich für die Gemeinschaft einsetzen.</p>	<p>Marion Heuser (Bündnis 90/ GRÜNE)</p>

In Köln sind unter Mitwirkung engagierter und sachkundiger Bürger Dokumente erarbeitet worden oder noch im Entstehungsprozess, die Orientierungsziele für die Zukunft unserer Stadt definieren; davon sind mir folgende Ziele besonders wichtig:

Ziel	Wichtigster konkreter Schritt zur Realisierung	Kandidat/in
<p>Die Umsetzung der Ziele für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen sowie der Ausbau des ÖPNV sind zentral für die weitere Entwicklung Kölns. Auch die Nachhaltigkeits-/Klimaziele sowie die Ziele für den Wohnungsmarkt sind von zentraler Bedeutung.</p>		<p>Manfred Richter (Bündnis 90/ GRÜNE)</p>
<p>Mir persönlich liegt der Klimaschutz sehr am Herzen.</p>	<p>Hier geht die Rheinenergie auf Druck der Politik mit ihren drei Jahreszielen zum Klimaschutz voran. Dies ist ein wichtiger Schritt hin zur Klimaneutralität der Metropole Köln. Die Ziele sind die Dekarbonisierung der RheinEnergie-Wasserwirtschaft und der Stromversorgung sowie der Wärmeversorgung.</p>	<p>Timo Hilleke (Bündnis 90/ GRÜNE)</p>
<p>Die Perspektiven 2030+ eröffnen mir gemischte Gefühle. Sie lesen sich einerseits sehr gut, andererseits erschreckend unkonkret - vielleicht weil sie die Leitsätze nicht zwingend aufschlüsseln..</p>	<p>Absolut zentral ist für mich das große Ziel, der Leitsatz 5: Köln wächst klimagerecht und umweltfreundlich und sorgt für gesunde Lebensverhältnisse. Der wichtigste Schritt ist leider der an sich erste und noch global ausstehende Schritt: den Fakten mit Messbarkeit ins Auge sehen. Mit Zahlen, Zahlen, Zahlen</p>	<p>Emanuel Florakis (Klimafreunde)</p>
<p>Ich begrüße die Zielsetzung des Stadtentwicklungskonzeptes Wohnen,</p>	<p>Ein wichtiger Baustein ist das kooperative Baulandmodell, nach</p>	<p>Timo Hilleke (Bündnis 90/</p>

nach welcher die Sicherung und Schaffung bezahlbaren Wohnraums angestrebt werden soll.	welchem 30 % der Wohnungen öffentlich gefördert werden müssen.	GRÜNE)
Schon aus beruflichen Gründen (als Architektin) habe ich mich am intensivsten mit dem Masterplan auseinander gesetzt, der viele gute Ansätze zu einer lebenswerteren Stadt hat.	Ich bin der grundsätzlichen Meinung, dass Entwicklungspläne, die mit vielen Akteuren vor Ort erarbeitet wurden, strenger befolgt werden und konsequent eingehalten werden müssen. Meist starten alle mit Euphorie und dann rutscht die Priorität immer weiter nach hinten oder es kommen wieder andere Ideen, die konträr laufen etc.	Stefanie Ruffen (FDP)
Wichtig sind die in den Kölner Perspektiven 2030+ festgehaltenen Ziele alle. Mir thematisch besonders nahestehende Ziele sind aber insbesondere in den beiden Themenfeldern „Offenes Köln“ und „Urbanes Köln“ zu finden.		Daniel Bauer-Dahm (Bündnis 90/ GRÜNE)
Beim Sportentwicklungsplan sind mir 2 Aspekte besonders wichtig; Der öffentliche Raum soll verstärkt für Sport- und Bewegungsaktivitäten genutzt werden. Bewegungsangebote und -räume für Menschen schaffen, die aufgrund Alter, Geschlecht, Kultur, erlebter Behinderung, gesundheitlicher und sozialer Belastungen derzeit geringe Chancen zur Teilhabe am Sport haben. Beim KEP ist mir wichtig, dass das Ganze als work in progress in einem partizipatorischen Prozess entstanden ist und auch so fortgesetzt wird. Daneben sind die Kölner Perspektiven 2030 (Stadtentwicklung), aber auch KölnMobil 2025 (Mobilität und Verkehr), der SUMP, die ÖPNV-Roadmap (ÖPNV-Ausbau), das STEK Wohnen, das Programm KölnKlimaAktiv 2022 wichtige Leitlinien für die Fortentwicklung und Zukunftsfähigkeit der Stadt.		Brigitta von Bülow (Bündnis 90/ GRÜNE)
Für die Bereiche, in denen ich arbeite, sind zwei Konzepte besonders bedeutsam: Das „Sozialraumkonzept“ und der halbjährliche Flüchtlingsbericht	Umverteilung statt kostspielige Prestige-Projekte des Kölner Bürgertums. Keine Bewerbung Kölns für die Olympischen Spiele – NOlympia! Schaffung weiterer 10 Sozialräume, um die sozialen Angebote, z. B. für bessere Beratungen, zu verbessern, zu	Jörg Detjen (DIE LINKE)

	<p>erweitern und mit 10 weiteren Stellen besser zu koordinieren.</p> <p>Gute und ausreichende Versorgung von Geflüchteten. Die Einrichtungen Herkulesstraße und Mündelstraße sind sofort zu schließen.</p>	
<p>Die Stadt Köln braucht eine Nachhaltigkeitsstrategie auf Basis der AGENDA 2030 der Vereinten Nationen und deren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung. Die globalen Herausforderungen spüren wir zuerst auf lokaler Ebene und lassen sich nur gemeinsam lösen. Dabei müssen Akteure und Interessierte der Stadtgesellschaft in die Entwicklung und Umsetzung partizipativ einbezogen werden</p>		<p>Denise Abé (Bündnis 90/ GRÜNE)</p>
<p>Es fällt schwer, eine Gewichtung vorzunehmen, da alle Leitsätze mit ihren zugeordneten Zielen hohe Bedeutung haben und natürlich Wechselwirkung entfalten.</p> <p>Zur Vielfalt können auch nachwachsende Rohstoffe beitragen.</p>	<p>Die Stadt soll in Zukunft häufiger kleinteiligere Flächen verkaufen, um auch privaten Investoren und Baugruppen die Möglichkeit zu geben, durch abwechslungsreichere Entwürfe zur Lebensqualität in den Veedeln beizutragen. Bauten aus Holz statt aus Beton sind vor dem Hintergrund des Klimawandels eine zukunftsweisende Alternative. Sie sollten von der Stadt gezielt gefördert werden.</p>	<p>Gerd Kaspar (FDP)</p>
<p>In der Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“ werden sowohl die Förderung einer kinder- und jugendfreundlicheren Stadt (Ziel 3.4) sowie die Einbeziehung der Bürger*innen (Ziel 3.6) als Ziele genannt.</p>	<p>Um dies erreichen zu können, brauchen wir in Köln ein Kinder- und Jugendparlament, welches mit eigenen Kompetenzen und einem Budget ausgestattet werden muss. Nicht nur können junge Menschen so mit ihren Stimmen direkt in der Politik etwas bewirken, sondern sie lernen auch die inneren Prozesse des demokratischen Parlamentarismus aus nächster Nähe kennen.</p>	<p>Lars Wahlen (Bündnis 90/ GRÜNE)</p>
<p>Ich arbeite seit Jahren als sachkundiger Bürger im Sportausschuss am Sportentwicklungsplan mit. Hier braucht es aber mehr Tempo und daher möchte ich mich hier weiter engagieren.</p> <p>So muss der Sport in die allgemeine Stadtplanung mit einbezogen werden.</p>	<p>Bei neuen Planungen der Stadtentwicklung sind die öffentlichen Bereiche (Parks, Schulen, Sportanlagen) nicht mehr isoliert zu betrachten. Eine multifunktionale Nutzung ist in einer Stadt, in der Flächenkonkurrenz herrscht, stärker notwendig.</p>	<p>Oliver Seeck (SPD)</p>
<p>Bei den diversen städtischen Entwicklungsplänen ist auch der Mobilitätsmix 2030 zu nennen, der</p>		<p>Manfred Richter (Bündnis 90/ GRÜNE)</p>

<p>auch in der Stadtstrategie 2030 wiederfindet. Die Umsetzung der Ziele für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen sowie der Ausbau des ÖPNV sind zentral für die weitere Entwicklung Kölns. Auch die Nachhaltigkeits-/Klimaziele sowie die Ziele für den Wohnungsmarkt sind von zentraler Bedeutung.</p>		
<p>Die Stadtstrategie ist mir in meinem Fachbereich am nächsten. Der neue Rat muss sich auf sie verständigen und an ihrer Umsetzung arbeiten.</p> <p>Für den Bereich Verkehr brauchen wir auch so eine Gesamtstrategie. Die ersten Schritte in dieser Richtung sind eingeleitet worden.</p>	<p>Um die Prozesse und Schritte transparent zu machen, könnte ein ständiger Tagesordnungspunkt in den Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses helfen.</p>	<p>Ralf Sterck (FDP)</p>
<p>Im Bereich Wohnen ist für mich die Schaffung dauerhaft günstiger Wohnungen besonders wichtig. Im Bereich Verkehr müssen wir die überfällige Verkehrswende endlich angehen.</p>		<p>Michael Weisenstein (DIE LINKE)</p>
<p>Leitsatz 5 der Stadtstrategie Kölner Perspektiven 2030+: „Köln wächst klimagerecht und umweltfreundlich und sorgt für gesunde Lebensverhältnisse“.</p> <p>Leitsatz 3 der Stadtstrategie Kölner Perspektiven 2030+: „Köln sorgt für Bildung, Chancengerechtigkeit und Teilhabe“</p> <p>Leitsatz 1 der Stadtstrategie Kölner Perspektiven 2030+: Köln sorgt für kompakte und Lebenswerte Quartiere</p>	<p>Der Beschluss des Klimanotstandes in Köln war ein erster Schritt, um perspektivisch die Durchsetzung klimagerechten Planen und Handelns in Köln zu erreichen. Förderung von Fassadenbegrünung, (Wieder-) Inbetriebnahme von Brunnenanlagen, Sanierung der Stadtweiher, Schutz von Grünanlagen, zwingende Ausgleichsmaßnahmen für Versiegelungen, Förderung des Rad- und Fußverkehrs bei gleichzeitiger Reduzierung des Autoverkehrs etc... sind gute Schritte in die richtige Richtung.</p> <p>Beispiele wie die Erweiterung der Seniorennetzwerke, der Ausbau der Gemeinwesenarbeit, der Beschluss des Programms „Kölner Kinder stärken oder der Bürgerbeteiligungsprozess, Stärkung der Interkulturellen Zentren, Stärkung des Integrationsrates, Schutz kultureller Räume sind wichtige Puzzleteile, um das Ziel gelebter Vielfalt zu erreichen.</p> <p>Es werden inzwischen Leitbilder für die Planung und Entwicklung von neuen Baugebieten erstellt, aber bestehende Quartiere könnten auch davon profitieren, wenn strategisch eingegriffen</p>	<p>Marion Heuser (Bündnis 90/ GRÜNE)</p>

	würde. Ein Beispiel ist der Stadtteil Weiß, der zwar immer mehr Zuzug erfahren hat, wo aber wichtige Institutionen (Stadtsparkasse) und Einzelhandel (Metzgerei, Bäcker ...) weggebrochen sind.	
--	---	--

Über die bestehenden Dokumente hinaus sollte gemeinsam mit den wesentlichen Akteuren der Stadtgesellschaft sollte eine strategische Entwicklungsplanung zu folgendem Thema erarbeitet werden:

Zitat	Kandidat/in
Ich denke gerne global und ganzheitlich. Aber Köln hat derzeit ein Umsetzungsproblem. Zum Beispiel die Kulturbauten.	Diana Siebert (Bündnis 90/GRÜNE)
Arbeit schaffen – Kommunales Investitionsprogramm (z. B. zusammen mit der Verwaltung, dem Stadtwerke-Konzern Köln und den anderen städtischen Unternehmen).	Jörg Detjen (DIE LINKE)
Aufgrund der zahlreichen Entwicklungs- und Masterpläne sehe ich keinen weiteren Bedarf für weitere Entwicklungspläne. Jetzt zählt die Umsetzung!	Manfred Richter (Bündnis 90/GRÜNE)
Auch wenn die Kölner Perspektiven 2030+ ("Stadtstrategie") mit der Beteiligung der Zivilgesellschaft ausgearbeitet wurden, weisen sie noch Mängel auf. Das Papier ist eine aufeinander Reihung von Zielen ohne konkrete Schritten zur Erreichung. Politikfelder sind auch nicht priorisiert worden, somit fehlt eine klares Leitprinzip, ungeachtet der Anlehnung der Strategie an SDGs 2030. Ich bevorzuge die Vision Köln 2030 der Scientists4Future Köln und wünsche mir eher, dass man daraus eine Strategie für Köln ausarbeitet	Dr. John Akude (Klimafreunde)
Aufgrund der zahlreichen Entwicklungs- und Masterpläne sehe ich keinen weiteren Bedarf für weitere Entwicklungspläne. Jetzt zählt die Umsetzung!	Manfred Richter (Bündnis 90/GRÜNE)
Köln mobil 2025 wurde im Jahr 2014 veröffentlicht. Seitdem haben sich das Verkehrsverhalten und die Einstellungen in der Bevölkerung weiterentwickelt. Zudem bleibt das Konzept sehr im Allgemeinen. Eine Aktualisierung und Konkretisierung wäre sinnvoll. Ansonsten fehlt es in Köln weniger an Konzepten, als dass es an deren Umsetzung hapert.	Michael Weisenstein (DIE LINKE)
Wenn ich mir eine weitere strategische Entwicklungsplanung wünschen könnte, dann eine Planung für die Umsetzung der bestehenden Konzepte. Ich habe oft den Eindruck, dass Bürgerschaft, Rat und Verwaltung jahrelang mit der Erstellung von Entwicklungskonzepten beschäftigt sind, diese dann aber nach ihrer Verabschiedung mehr oder weniger schnell in Schubladen verschwinden und die Realisierung der daraus folgenden Maßnahmen vernachlässigt wird. Dann wird wieder ein neues Konzept in Angriff genommen wird. Deshalb will ich ein „Konzept für Umsetzung“.	Ralf Klemm (Bündnis 90/GRÜNE)
In Köln gibt es für nahezu jedes Politikfeld eine strategische Entwicklungsplanung oder sie ist in Arbeit. Die Stadt hat kein	Sabine Pakulat (Bündnis 90/GRÜNE)

konzeptionelles Problem, sondern ein Umsetzungsproblem.

In folgenden Politikfeldern sehe ich den dringendsten Handlungsbedarf (die Reihenfolge stellt keine Priorisierung dar)

Im Politikfeld Wohnen muss umgehend folgendes umgesetzt werden	Meint
Mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen. Bis zu 6 Geschosse als Standard, aber in der Regel nicht mehr als 10 Geschosse. Dazu Bebauungspläne ändern.	Diana Siebert (Bündnis 90/ GRÜNE)
<p>Kooperatives Baulandmodell, Konzeptvergaben, städtisches Vorkaufsrecht oder Milieuschutzsatzungen mögen gut gemeint sein, machen den Investitionsstandort Köln aber unattraktiv. Alle diese Maßnahmen sollten für fünf Jahre ausgesetzt werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ämtern sollen sich in dieser Zeit darauf konzentrieren, Bauland auszuweisen, Bebauungspläne aufzustellen und Baugenehmigungen zu erteilen. Dazu müssen die offenen Stellen bei der Stadtverwaltung besetzt werden, außerdem sollen Liegenschaftsamt, Stadtplanungsamt und Bauaufsichtsamt mehr Personal bekommen. Um die Rekrutierung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Bereich zu erleichtern, müssen Möglichkeiten einer besseren Bezahlung geschaffen werden.</p> <p>Bauanträge sind wieder fristgerecht zu bearbeiten. Einen wesentlichen Beitrag dazu kann die digitale Bauakte leisten, bei der mehrere Ämter parallel an einem Baugenehmigungsverfahren arbeiten können. Auf diese Weise können auch die Bürgerinnen und Bürger unkompliziert in den Stand ihrer Verfahren Einsicht nehmen. Bauvorhaben lassen sich auch durch eine „One Stop Agency“ beschleunigen, bei der für alle Bauherren eine einzige Stelle in der Stadtverwaltung als Ansprechpartner dient, die sich um die Koordination mit allen beteiligten Stellen der Verwaltung kümmert.</p> <p>In Köln müssen mehr neue Flächen für den Wohnungsbau ausgewiesen werden - vorrangig dort, wo die Infrastruktur bereits vorhanden ist. Dem preiswerten Wohnen muss dabei ein besonderer Stellenwert zukommen. In den Außengebieten müssen deutlich größere Flächen erschlossen werden. Dies ist bei der Erarbeitung des neuen Regionalplans Köln zu berücksichtigen. Die Schaffung eines neuen großen Stadtteils Kreuzfeld, ist dafür ein gutes Beispiel, weil hier bereits ein S-Bahn-Anschluss vorhanden ist. Dabei muss darauf geachtet werden, dass die notwendige Infrastruktur, insbesondere die Verkehrsanbindung durch Straßen und ÖPNV sowie Kindergärten und Schulen, aber auch gesundheitliche Nahversorgung und Einzelhandel rechtzeitig geschaffen wird.</p> <p>Die Bebauungs- und Infrastrukturplanung muss in kommunaler Zusammenarbeit und auf Basis eines Regionalkonzepts entstehen. Im Rahmen einer vielschichtigen Nutzung sind neben individuellen auch verdichtete Wohnformen auszuweisen. Konzepte für preiswertes Bauen sollen gefördert werden, um günstigen Wohnraum innerhalb der Stadtgrenzen zu schaffen. Beispielsweise kann „serielles Bauen“ die Baukosten und die Bauzeit erheblich reduzieren.</p>	Gerd Kaspar (FDP)
Das wir dringend und umgehend mehr bezahlbaren Wohnraum brauchen ist kein Geheimnis. Hierfür müssen wir zeitnah weitere Flächen zur maßvollen	Daniel Bauer-Dahm (Bündnis 90/ GRÜNE)

<p>Nachverdichtung lokalisieren und dann zügig dem Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Das Stadtentwicklungskonzept Wohnen (StEK Wohnen) war hier nicht ausreichend erfolgreich. Wir müssen daher lernen kleinteiliger zu bauen und die Genehmigungsprozesse müssen deutlich beschleunigt werden.</p> <p>Die städtische Wohnungsbaugesellschaft muss sich weiterhin verstärkt um spezielle Wohnformen bemühen. Mehrgenerationenwohnen und die Wohnmöglichkeiten für Menschen mit körperlichen und kognitiven Beeinträchtigungen müssen massiv ausgebaut werden. Es muss für möglichst alle Kölner*innen erschwinglich sein weitestgehend selbstbestimmt in den eigenen vier Wänden leben zu können.</p>	
<p>Ein von vielen politischen Vertreter*innen gefordertes undifferenziertes „Bauen, bauen, bauen“ wird zu massiven Problemen beim Klima- und Flächenschutz führen. Wir brauchen auch Grün- und Freiflächen, wir brauchen Kaltluftentstehungsgebiete und Frischluftschneisen, und wir brauchen mehr GRÜN. Die Prinzipien einer lebenswerten und klimagerechten Stadt müssen in der Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik immer mit einfließen. Wir müssen gleichwohl den in fast allen Stadtteilen Kölns stattfindenden Verdrängungs- und Gentrifizierungsprozessen entgegenwirken. Und dafür müssen mehr geförderte Wohnungen gebaut werden, es müssen mehr Baugruppen zum Zuge kommen und die kommunalen Wohnungsunternehmen und Genossenschaften müssen gestärkt werden. Die Stadt muss endlich aufhören, eigene Flächen an Investoren zu verkaufen, die Grundstücke müssen in Erbpacht vergeben werden. Und es müssen mehr Konzeptvergaben zum Zuge kommen.</p>	<p>Ralf Klemm (Bündnis 90/ GRÜNE)</p>
<p>Generell kein Verkauf städtischer Grundstücke! Erbbaurecht und Bindungen von geförderten Wohnungen über 99 Jahre.</p> <p>Schaffung einer weiteren zu 100 % städtischen Wohnungsgesellschaft. Neue Wohnformen fördern und Wohnhäuser in Holzbauweise schaffen.</p>	<p>Jörg Detjen (DIE LINKE)</p>
<p>Für mich ist eine nachhaltige Stadtentwicklung sehr wichtig... Dabei ist es aber wichtig, dass der Charme der Veedel erhalten bleibt und die Stadt nicht weiter ausfranst. Innen- vor Außenentwicklung, Vergabe nach Konzeptqualität, ökologisches und klimagerechtes Bauen (nachhaltige Baustoffe, begrünte Dächer und Fassaden, Passivhausstandard, Solarenergie-Nutzung etc.) sind dabei die Devise.</p>	<p>Denise Abé (Bündnis 90/ GRÜNE)</p>
<p>Als erstes muss man dafür sorgen, dass die Menschen gar nicht mehr das Bedürfnis haben in die Stadt zu ziehen. Hierzu gehört ein topp ausgebauter ÖPNV in den ländlichen Gebieten bzw. für das Kölner Umland, der auch nachts noch fährt. Dann fordert die FDP unter anderem wegen meiner Erfahrungen mit der Kölner Bauaufsicht, dass die Genehmigungsverfahren vereinfacht und beschleunigt werden und dass bei Ermessensspielräumen zu Gunsten eines Projektes entschieden wird. Verdichtung von bestehender Bebauung zur Schaffung von neuem Wohnraum muss prioritär behandelt werden. Auf Landes- und Bundesebene ist darauf einzuwirken, dass Bauen aufgrund von überbordenden Vorschriften nicht zusätzlich verteuert wird und das „soziale“ Bauen in seinen Auflagen entrümpelt wird. Ferner soll die Stadt nicht eigenmächtig Landes- und Bundesgesetze weiter verschärfen. Zu guter Letzt muss die Zweckentfremdung von Wohnraum als Ferienwohnungen (Stichwort: airbnb) stärker bekämpft werden. Das ist gerade in der Innenstadt ein großes Problem und hier müssen mehr Mitarbeiter eingesetzt werden um den Herr zu werden.</p>	<p>Stefanie Ruffen (FDP)</p>

<p>Wohnen, Arbeiten und verkehrliche sowie soziale Infrastruktur sollen gemeinsam entwickelt und realisiert werden. Hinderlich ist an manchen Stellen die strikte Einordnung von Wohngebieten oder Gewerbegebieten in den Flächennutzungsplänen. Umwandlungen in Mischgebiete oder sogenannte urbane Gebiete sind möglich, bieten aber nicht die Freiheit, die man sich manchmal für ein lebendiges Quartier wünschen würde. Bebauungspläne sind oft so lange in der Vorbereitung, dass sie schon veraltet (im Sinne von unmodern) sind, wenn es endlich ans Bauen geht. Auch in solchen Fällen würde man sich manchmal die Möglichkeit von Abänderungen wünschen ohne die Notwendigkeit, damit das ganze Verfahren neu zu starten. Gerade im Hinblick auf den Klimawandel erscheinen uns mitunter bestehende Beschlüsse sehr reformbedürftig.</p>	<p>Sabine Pakulat (Bündnis 90/ GRÜNE)</p>
<p>Baugenehmigungen dauern von allen Kommunen in NRW in Köln am längsten. Das muss sich schnell ändern. Gleichzeitig brauchen wir neue ausgewiesene Grundstücke für die Wohnbebauung und keine Abschreckungspolitik für Investoren zum Bau von neuen Wohnungen, denn je mehr Wohnungen wir bauen, desto schneller fallen auch wieder die Mieten.</p>	<p>Verena Will (FDP)</p>
<p>Städtischer Boden darf nicht mehr an Privateigentümer*innen verkauft werden. Er wird ausschließlich im Erbbaurecht an verantwortungsvolle Genossenschaften und Unternehmen in öffentlicher Hand vergeben. In den Erbbaurechtsverträgen sollen niedrige Eingangsmieten und eine Begrenzung der Mietsteigerungen niedergelegt werden. Auf diese Weise können wir dafür sorgen, dass günstige Wohnungen auch auf Dauer günstige Wohnungen bleiben.</p> <p>Wir befürworten die schnelle und umfassende Einführung der Konzeptvergabe. Wir erwarten, ... dass Grundstücke nicht an Investoren, sondern Bestandhalter vergeben werden, dass soziale und ökologische Kriterien berücksichtigt werden und dass Wohnungen für die besonderen Ansprüche zum Beispiel von Senioren, Behinderten und auch von Studierenden geschaffen werden.</p> <p>Wir fordern den Aufbau eines weiteren, rein kommunalen Wohnungsbauunternehmens. Es müssen 38.000 bezahlbaren Wohnungen in städtischer, gemeinnütziger oder genossenschaftlicher Hand bis 2030 neu gebaut werden. Von den städtischen und stadtnahen Wohnungsbauunternehmen müssen jährlich 3.000 neue Wohnungen gebaut werden, davon 70 % im geförderten und 30 % im preisgedämpften Segment. Sie dürfen keine Miete verlangen, die über der Kostenmiete liegt. Auf städtischem Boden werden 100 % bezahlbarer Wohnraum im geförderten und preisgedämpften Segment gebaut.</p> <p>Es muss auch darum gehen, bestehenden, bezahlbaren Wohnraum zu schützen. Die Milieuschutzsatzung ist dazu ein wichtiges Instrument. In München leben etwa 20 % der Bevölkerung in einem Gebiet mit Milieuschutzsatzung. Mit Blick auf die Vielen Wohnquartiere, in denen es zu Gentrifizierung, Verdrängung und erheblichen Preissteigerungen kommt, halten wir einen ähnlichen Anteil in Köln für sinnvoll und erreichbar. Auch die Wohnraumschutzsatzung hilft, Wohnraum zu bewahren. Hier wurde inzwischen, auch auf unser stetes Drängen, Personal zugesetzt. Aber für eine effektive Verfolgung von Verstößen wird eine weitere Aufstockung nötig sein.</p>	<p>Michael Weisenstein (DIE LINKE)</p>
<p>Wir haben ein kommunales Programm zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Da die Landesförderung bislang ausreichend ist für die Zahl der beantragten Förderungen, wird es seit vielen Jahren nicht angetastet.</p>	<p>Marion Heuser (Bündnis 90/ GRÜNE)</p>

Wir sollten es für Investoren – wie Genossenschaften, Baugruppen, besondere / alternative Wohninitiativen - öffnen, um preisgedämpften Wohnraum zu realisieren. Aber es muss sichergestellt sein, dass die Mietpreise dauerhaft gedeckelt sind. Dafür müssen Richtlinien entwickelt werden.	
---	--

Im Politikfeld Verkehr(swende) muss umgehend folgendes umgesetzt werden	Meint
Fahrradstraßen- und -zonennetz. Also Straßen, in denen der Radfahren das Hauptverkehrsmittel ist. Im Stadtbezirk Nippes bedeutet dies eine Ost-West-Verbindung auf dem Gürtel und eine Nord-Süd-Verbindung von Longerich über Weidenpesch-West, Mauenheim und Nippes in die Innenstadt entlang der Bahnhöfe Lomgerich und Geldernstraße / Parkgürtel.	Diana Siebert (Bündnis 90/ GRÜNE)
Parken von der Straße in die Parkhäuser; „vor den Toren Kölns“ an den Endhaltestellen der KVB: Errichtung von Parkdecks: Angebote zum Umsteigen erhöhen (Anzeigetafeln, Leitsysteme, etc.); Radwegekonzept endlich beherzt umsetzen.	Oliver Seeck (SPD)
Umwidmung von Autospuren in Fahrradwege (z.B. Rhein-Ufer-Tunnel); Umwidmung der Verkehrsraum (z.B. Neusserstraße und Venloer Str.); Vollendung des Gürtels als Fahrradwegeverbindung zwischen Bilderstöckchen und Mülheim	Manfred Richter (Bündnis 90/ GRÜNE)
Köln muss sich ein Beispiel an anderen großen Städten nehmen und auf den U-Bahn-Bau setzen. München baut U-Bahnen, Wien und Hamburg auch, weil die Verkehrsteilnehmer, die auf ÖPNV setzen, schnell und sicher von A nach B kommen wollen. Wir brauchen einen ausgebauten und leistungsfähigen ÖPNV bis in die Kölner Stadtrandgebiete, damit die Verkehrswende ein Erfolg wird, Ausbau der Fahrradwege ist dafür auch ein wichtiges Element, aber nicht das einzige.	Verena Will (FDP)
Der Fokus sollte erstmal auf schnelle, kleine Lösungen gelegt werden, wie z.B. den autofreien Eigelstein (den sich übrigens nicht nur die Anwohner*innen, sondern auch die Gewerbetreibenden gewünscht haben). Und: Je weniger Gründe es gibt, einmal quer durch die Stadt zu reisen, umso weniger Verkehr wird es geben. Mehr attraktive Angebote in den Veedeln (Gemüseladen, Friseur, Haushaltwarengeschäft, Gastronomie) machen immer mehr Wege überflüssig. Hier zahlt man dann zwar unter Umständen mehr, spart aber Zeit und Nerven.	Caroline Michel (GUT Köln)
Im Bereich der Verkehrswende ist es notwendig, ein flächendeckendes Radwegenetz zu etablieren und Radschnellwege, z. B. nach Bergisch-Gladbach endlich umzusetzen. Seit Ausbruch der Corona-Pandemie sind viel mehr Menschen auf Räder umgestiegen. Dies bedeutet, dass dem Fahrrad auch mehr Platz im Stadtverkehr eingeräumt werden muss, damit entlasten wir die Luft und verringern auch den Lärm.	Timo Hilleke (Bündnis 90/ GRÜNE)
Im Bereich Verkehr muss der ÖPNV endlich in Netz, Leistungsfähigkeit, Kapazität, Service und Takt ausgebaut werden, um ein Umsteigen vom Auto attraktiv zu machen. Verbote und Schikanen lehne ich ab. Es ist tragisch, dass nicht eine einzige Strecke baureif ist, obwohl die Fördertöpfe in Berlin und Düsseldorf voll sind.	Ralf Sterck (FDP)
In den kommenden fünf Jahren müssen wir die Bedingungen dafür schaffen, dass immer mehr Menschen vom Auto auf klimafreundliche Verkehrsformen umsteigen. Dazu zählen u.a.: verkehrsberuhigte Bereiche, autofreie Gebiete, mehr Fußgänger*innenzonen, barrierefreie Plätze und	Denise Abé (Bündnis 90/ GRÜNE)

<p>Gehwege, Radverkehrskonzepte für ALLE Kölner Bezirke, Fahrrad- und Umweltpuren, ein Radschnellwegenetz, Fahrradparkhäuser und sichere Abstellflächen, die Erhöhung der Taktfrequenzen der Bus- und Bahnlinien und das Bestehen auf die Einhaltung der Fahrpläne, in den betreffenden Gremien keinen Preiserhöhungen für die Nutzung des ÖPNV zuzustimmen und der Einsatz für ein 365-Euro-Ticket.</p>	
<p>Die Doppelplanungen für die Stadtbahn oben und unten stoppen und den Rat auffordern, eine klare Entscheidung zu treffen. Alle Stadtteile sollen bis 2030 an das S-Bahn- und Stadtbahnnetz angeschlossen sein. Nulltarif beim ÖPNV, als erster Schritt Einführung eines 365 Euro-Ticket mit einem Sozialticket von 18 Euro im Monat Ausgebautes Radwegenetz für die ganze Stadt. Breitere und bessere Fußwege. Sofort pop-up-Radwege mit denen Autospuren schnell und kostengünstig für den Radverkehr umgewidmet werden.</p>	<p>Jörg Detjen (DIE LINKE)</p>
<p>Mehr Busse, mehr Bahnen, mehr Rad, billigere KVB-Tickets (etwa 1,5 Euro pro Tag), um das Ziel einer autofreien Innenstadt zu erreichen, u.a.</p>	<p>Dr. John Akude (Klimafreunde)</p>
<p>Unbedingt umsetzen möchte ich die Umwidmung von Fahrspuren zu Fahrradspuren und die Reduzierung von Parkplätzen im öffentlichen Raum: Die weggefallenen Parkplätze und so gewonnen Flächen für Fußgänger*innen und den Radverkehr freigeben. Da die Autos aber leider nicht einfach verschwinden werden, bin ich für den Bau von Quartiersparkhäusern. Unbedingt umsetzen möchte ich auch das Rheinpendel.</p>	<p>Karina Syndicus (GUT Köln)</p>
<p>Die Verkehrswende bedeutet ... nicht nur ein Abwenden vom motorisierten Individualverkehr (etwa durch Parkplatzreduzierungen oder Sperrung von Spuren/Straßen/der Innenstadt für den Autoverkehr), sondern auch ein Hinwenden zum öffentlichen Personennahverkehr. Insbesondere in den Kölner Randgebieten, wie meinem Heimatbezirk Chorweiler, mangelt es an der nötigen Infrastruktur. So müssen alle größeren Stadtteile an das Stadtbahnnetz angeschlossen werden, z.B. durch eine Stadtbahnlinie von Sinnersdorf über Esch, Pesch zum Longericher S-Bahnhof. Da dies einige Zeit in Anspruch nehmen wird, müssen in der Zwischenzeit auf den geplanten Strecken Schnellbuslinien verkehren. Auch die sternförmige Ausrichtung des ÖPNV zur Innenstadt hin muss durch ein lückenloses Netz ersetzt werden, welches eine schnelle Verbindung zu allen Nachbarstadtteilen ermöglicht.</p>	<p>Lars Wahlen (Bündnis 90/ GRÜNE)</p>
<p>Der Verkehrsraum muss neu aufgeteilt werden, das private Auto muss so schnell wie möglich aus der Stadt verschwinden. Dafür müssen der ÖPNV und das Radfahren deutlich einfacher, sicherer, attraktiver und schneller werden. Manches geht schnell (Pop-Up-Bike-Lanes, Tempolimit 30 innerhalb des Gürtels, Parken verteuern, Parkplätze in Fahrradstellplätze umwidmen, zusätzliche Buslinien, Lastenräder fördern etc.), manches dauert länger (höhere Taktung der Bahnlinien, zusätzliche Bahnlinien bauen, etc.). In 10 Jahren sollte kein privates Auto mehr in die Innenstadt fahren (müssen).</p>	<p>Inga Feuser (Klimafreunde)</p>
<p>„Die Stadt den Menschen“ - Autos als Fahrzeuge und nicht Stehzeuge sehen. Möglichkeiten von Quartiersgaragen schaffen etc... Parkplätze an Straßen minimieren, Tempo 30 in der Innenstadt, bzw. Autofreie Gebiete. Dadurch mehr Platz für Fußgänger, mehr sichere Radwege, mehr urbane Lebensqualität.</p>	<p>Mario Michalak (Bündnis 90/ GRÜNE)</p>
<p>Wir möchten mittelfristig einen „Nulltarif für Bus und Bahn“ erreichen, also</p>	<p>Michael Weisenstein</p>

<p>einen ÖPNV, der kostenlos und ticketfrei benutzt werden kann. Eine Finanzierung ist z.B. möglich, indem die derzeitige Subventionierung des Autoverkehrs (85-90 Mio. Euro) in den ÖPNV umgeleitet wird.</p> <p>Ein 365 €-Ticket, wie es in Wien bereits gilt, wäre ein wichtiger Schritt, um den ÖPNV günstiger zu machen.</p> <p>Wir sind der Ansicht, dass ein 365 €-Ticket nicht nur für Köln gelten sollte, sondern für das gesamte Tarifgebiet des VRS, denn ein großer Teil des Pkw-Verkehrs in Köln geht auf Pendlerverkehr zurück.</p> <p>Wir sehen daher das Recht auf Mobilität als ein soziales Grundrecht an. Der ÖPNV ist für uns ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge.</p> <p>Auf einer Busspur oder auch auf einer Radspur können fünfmal so viele Menschen befördert werden, wie auf einer vom Pkw dominierten Mischspur. Die Leistungsfähigkeit des schienengebundenen ÖPNV ist noch deutlich höher. Hinzu kommt der ruhende Verkehr – auch hier hat das Auto einen erheblich höheren Platzbedarf als ÖPNV, das Rad oder Fußverkehr.</p> <p>Ein Umstieg vom Auto auf diese Verkehrsmittel schafft daher Freiräume in der Stadt, mit denen die Stadt attraktiver und grüner gestaltet werden kann.</p>	(DIE LINKE)
<p>Wir müssen den Autoverkehr, insbesondere den Pendelverkehr aus dem Umland nach Köln, drastisch reduzieren. Dazu müssen wir den ÖPNV endlich barrierefrei machen, die Taktungen auf den wichtigsten Linien erhöhen und ökologische Alternativen zu Bus und Bahn schaffen. Unsere Idee des Rheinpendels würde zum Beispiel zu einer erheblichen Entlastung des ÖPNVs führen. Dieses von uns entwickelte urbane Seilbahnsystem könnte Menschen klimafreundlich, bequem, sicher und schnell vom Kölner Norden in den Süden und umgekehrt transportieren. Zusätzlich müssen wir den Rad- und Fußverkehr stärken. Radverkehrswege wollen wir weiter ausbauen. Wo dies möglich ist, werden wir sichere, baulich geschützte Radwegen (nicht nur gepinselt) auf mehrspurigen Straßen einrichten.</p>	Aline Damaske (GUT Köln)

<p>Im Politikfeld Kulturstadt versus Eventstadt muss umgehend folgendes umgesetzt werden</p>	<p>Meint</p>
<p>Kultur fördern und dabei keinesfalls auf „Event“ einschränken. Denkmäler egal welcher Epoche schützen oder notfalls rahmen, ironisieren und kontextualisieren, aber nicht abreißen.</p>	Diana Siebert (Bündnis 90/ GRÜNE)
<p>Sprechen wir nicht über die Oper – sondern über die unzähligen kleinen Initiativen, die sich spannende Projekte ausdenken. Wie wäre es, hier die bürokratischen Hürden, die es zu überwinden gilt, abzubauen? Auflagen, Versicherungen, Gema-Meldungen usw. – wenige gut geschulte Verwaltungsmitarbeiter*innen könnten hier unbürokratisch Hilfestellung leisten. Der Etat für die Kulturförderung muss deutlich aufgestockt werden. Leerstehende Geschäftsräume können so zu Ateliers, kleineren Galerien, Bühnen und Bastelwerkstätten werden.</p>	Caroline Michel (GUT Köln)
<p>Es gilt in Köln kulturelle Orte nachhaltig zu schützen und neue in die Stadtplanung einzubeziehen. (...) Jetzt gilt es, sehr zeitnah passgenaue und tragfähige Lösungen für die nächsten Monate zu beschließen. Ich denke, auf allen unseren Ebenen können wir etwas dafür tun und haben das auch schon getan. Ich bin froh, dass dabei alle an einem Strang ziehen in Politik und Stadtverwaltung.</p> <p>(...)</p> <p>Der Nothilfefonds soll helfen, gewachsene Strukturen auch in der Krise zu erhalten und den Fortbestand der „Kultur-Betriebe“ zu unterstützen. Ihnen muss eine ökonomische Perspektive eröffnet werden, die zum Ziel hat,</p>	Brigitta von Bülow (Bündnis 90/ GRÜNE)

<p>dass die Clubs perspektivisch ihre Fixkosten erstattet bekommen. (...) Wir brauchen insgesamt kreative Lösungen, die wohlwollend begleitet werden, wie Veranstaltungen auf Plätzen dieser Stadt, Freilichtbühnen, Messeparkplätzen etc. sowie Pop-Up Open-Air Spielstätten. (...) Wir erwarten, dass die Verwaltung nun nicht zögerlich, sondern entschlossen handelt, wohlwollend mit Projekten und Projektanträgen umgeht, dass sie behilflich ist bei der Frage von Genehmigungen und auch selbst Möglichkeiten und Optionen entwickelt, gerade weil nicht absehbar ist, wann die Spielstätte wieder öffnen können. Denn Köln braucht die kulturellen Orte, den kulturellen Austausch, Sie sind wichtig für unser Zusammenleben.</p>	
<p>Untrennbar von der Kulturpolitik sind die Bereiche „Sozialer Zusammenhalt und Integration“ sowie „Schulen und Bildung“. Was nützt einer Stadt ein saniertes Opernhaus wenn die Schulen vergammeln? Wer wird das Theater besuchen, wenn nicht die Kultur im Unterricht eine Rolle spielt? Und wie können die zentralen Werte jener Kultur, die humanistische Werte sind, ohne Integration funktionieren? Hier greift alles ineinander. Wir brauchen eine Kultur für alle. Dabei ist das Schwimmbad so wichtig wie die Konzerthalle.</p>	<p>Daniel Kothenschulte (Klimafreunde)</p>
<p>Barrierefreie Kulturangebote, draußen und in den Veedeln. Lebendiges Nachtleben, Schutz von aktiven Kulturräumen.</p>	<p>Mario Michalak (Bündnis 90/ GRÜNE)</p>

<p>Im Politikfeld Klimawandel, Klimaschutz, Klimaanpassung muss umgehend folgendes umgesetzt werden</p>	<p>Meint</p>
<p>Umsetzung von Dachbegrünung; 5000 neue zusätzliche Bäume pro Jahr; Entwicklung eines Hitzeplans für Köln.</p>	<p>Manfred Richter (Bündnis 90/ GRÜNE)</p>
<p>Die Fakten messbar ins Auge fassen.</p>	<p>Emmanuel Florakis (Klimafreunde)</p>
<p>Klimaschutz ist für mich eine Querschnittsaufgabe. In Sinne der Erklärung des Klimanotstands, muss der Klimaschutz auf allen Ebenen handlungsleitend sein und als kommunale Pflichtaufgabe definiert werden. Die vorherigen Punkte zählen für mich auch dazu. Außerdem muss wie o.g. Köln bis 2035 klimaneutral werden und der Stromverbrauch in Köln bis 2030 zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien gedeckt werden. Besonders wichtige Schritte bzw. Forderungen zum Erreichen dieser Ziele sind: Die Planung eines Windparks in Köln oder im Kölner Umland, wo möglich Solaranlagen auf städtischen Gebäuden, die Stromversorgung der städtischen Gebäude auf Ökostrom umstellen, Unterstützung von Mieter*innenstrommodellen und Bürgerenergiegenossenschaften, Förderprogramme für Privateigentümer*innen und -haushalte zur Solarförderung sowie der energetischen Gebäudesanierung sowie die Regulierung der sogenannten Schottergärten durch Aufklärung und baurechtliche Maßnahmen.</p>	<p>Denise Abé (Bündnis 90/ GRÜNE)</p>
<p>Bürgerbegehren für die Energiewende 2030 möglich machen. Ratsbeschluss „Klimanotstand“ mit Inhalt füllen und für Umweltgerechtigkeit sorgen. Es müssen zügig geeignete, stadteigene Dächer mit Photovoltaik-Anlagen ausgerüstet werden.</p>	<p>Jörg Detjen (DIE LINKE)</p>
<p>Die Rheinenergie muss 2030 klimaneutral sein, Neubauten nur mit Solaranlage, klimaneutrales Bauen mit Holz (über Vergabe an Investoren</p>	<p>Inga Feuser (Klimafreunde)</p>

<p>regeln).</p> <p>Die Bebauung des Grüngürtels muss sofort gestoppt werden und zwar an allen Stellen. Das FC Gelände auf der Gleueler Wiese darf nicht gebaut werden. Wir müssen unsere Stadtbäume und Parks besser schützen (Gießen, Baumschieben entsiegeln, Ökosysteme fördern) und zahlreiche neue, und dürreresistente Bäume anpflanzen. Wo immer möglich, müssen Flächen entsiegelt werden.</p>	
<p>Selbst wenn die heißen, trockenen Sommer, die wir gerade durchleben, nicht dem fortschreitenden Klimawandel geschuldet, sondern einfach nur „Wetter“ sind, so sind die Folgen für die Stadt erstmal die gleichen: Sterbende Bäume und gelbbraune Wiesen sieht niemand gern. „Emissionen reduzieren“, möglichst nicht durch Verbote, sondern durch clevere Alternativen, muss zwingend einhergehen mit dem Schaffen von grünen Oasen, die die verbleibenden, unvermeidbaren Emissionen kompensieren können. Die beiden Grüngürtel und die sie verbindenden Radialen müssen sofort unter Schutz gestellt werden. Keine Ausnahmen für niemanden.</p>	Caroline Michel (GUT Köln)
<p>Keine Versiegelung von Naturflächen in der Stadt, mehr begrünte Plätze und Vertikalbegrünung, Verstärkung der Förderprogramme, Erhalt der Bäume in der Stadt - Bewässerung/Zisternen/etc.</p>	Mario Michalak (Bündnis 90/ GRÜNE)
<p>Den ersten wichtigen Schritt finde ich, den Klimanotstand, den der Rat ausgerufen hat, wirklich ernst zu nehmen. Ab sofort müssen alle Entscheidungen auf ihre Auswirkungen aufs Klima und den Klimawandel in Köln hin geprüft werden. Und es muss immer eine Abwägung stattfinden, was die Handlungsweise ist, die das Klima maximal schont bzw. was dazu beiträgt, dass Köln die eigenen Klimaziele erreicht.</p>	Isabell Ullrich (Klimafreunde)
<p>Wir müssen in allen kommunalen Handlungsfeldern den Klimaschutz immer mitdenken und die Auswirkungen unserer Entscheidungen auf das Klima beachten. Nach wie vor glauben viele Beteiligte, Klima- und Umweltpolitik sei ein politisches Handlungsfeld wie viele andere auch, und man müsse einfach abwägen. Wir haben aber gelernt, besser lernen müssen, dass ohne eine nachhaltige und im wahrsten Wortsinne radikale Energie- und Verkehrswende das Leben auf unserem Planeten, aber auch in unserer Stadt dramatisch gefährdet ist.</p>	Ralf Klemm (Bündnis 90/ GRÜNE)

Im Politikfeld Finanzen muss umgehend folgendes umgesetzt werden	Meint
Ausgeglichener Haushalt bis 2023; Wiederaufbau von Vermögen; Beibehaltung der vollen Handlungsfähigkeit für die Stadt Köln.	Manfred Richter (Bündnis 90/ GRÜNE)

Im Politikfeld Daseinsvorsorge und Gesundheit muss umgehend folgendes umgesetzt werden	Meint
<p>Die Stadt Köln hat mit Ihren städtischen Betrieben und kommunalen Beteiligungen zahlreiche gute Möglichkeiten – und natürlich auch die Verpflichtung – zu klimafreundlicher Lebensqualität in Stadt und Region beizutragen. Hier gibt es viele Möglichkeiten, den Wandel zu ressourcenschonender Energiegewinnung, Energieeinsparung und klimafreundlichem Wirtschaften immer weiter auszubauen.</p> <p>Daseinsvorsorge heißt zum einen: Wasser, Abwasser, Energie, Strom, Fernwärme, Abfallwirtschaft, Die Stadt tut gut daran, ihre kommunalen Unternehmen zu pflegen und immer weiter grüner zu gestalten.</p> <p>Daseinsvorsorge heißt zum anderen: für eine gute Gesundheitsinfrastruktur zu sorgen. Von den Krankenhäusern über Notfallpraxen in allen Stadtbezirken bis hin zu Sozialangeboten für Familien (gerade in ärmeren</p>	Christine Seiger (Bündnis 90/ GRÜNE)

<p>Vierteln), die dazu beitragen, dass alle Kölner*innen, vor allem aber Kinder und Jugendliche guten Zugang zu angemessener Gesundheitsfürsorge erhalten.</p>	
--	--

<p>Im Politikfeld Digitalisierung und Smart City Cologne muss umgehend folgendes umgesetzt werden</p>	<p>Meint</p>
<p>Wir brauchen eine zügige, vollständige, nachhaltige und sanfte #EinsZu1Digitalisierung aller unserer demokratischen und zivilgesellschaftlichen Errungenschaften und Infrastrukturen. Mit #EinsZu1Digitalisierung meine ich das Übersetzen von bewährten analogen Strukturen und Prozessen in digitale Gegenstücke, ohne dabei das Rad oder den Prozess neu zu erfinden. Ein Positivbeispiel an Digitalisierung ist das webbasierte digitale Elster-Formular. Das kann jede computerbesitzende Person, die eine papierbasierte Steuererklärung bereits erfolgreich bewältigt hat, umgehend ausfüllen und sich an der digitalen Leichtigkeit erfreuen. Warum? Weil der Prozess 1:1 erhalten geblieben ist, sogar visuell. In den meisten Fällen gescheiterter Digitalisierungen wird jedoch versucht, den zweiten, also den innovativen Schritt, gleich mit dem ersten zu gehen – oder gar davor. Das nenne ich Hauruck- Digitalisierung. Ein Negativbeispiel ist die flächendeckend gescheiterte Hauruck-Digitalisierung der Kölner Schulen in der ersten Corona-Welle. Wie weltweit vielfach gelungen, hätte eine einfache, datenschutzkonforme und direkte Virtualisierung des Klassenzimmers mit Videokonferenzräumen gereicht, um große Teile des Stundenplanes mit den bestehenden papiergebundenen Lernmaterialien im Distanzunterricht abzudecken. Fatalerweise wurde in vielen Schulen gleichzeitig der innovative Ad-hoc-Sprung ins eLearning mit digitalen Lernmaterialien versucht. Die Resultate kennen wir. Totalzusammenbruch des Schulsystems.</p> <ol style="list-style-type: none"> Schritt: Einberufen eines Digitalisierungsausschusses. Schritt: Erstelle eine Liste aller fehlenden Digitalisierungen der stadtgesellschaftlichen Infrastruktur. Zum Teil sind das ganz einfache Dinge. <p>Wenn jemand in Köln auf der Straße bedroht oder beleidigt wird, kann man mit 110 die Polizei herbeirufen. Im Kölner Internet geht das nicht. In jedem Geschäft kann ich mit staatlichen Geldscheinen auch anonym bezahlen. Im Kölner Internet geht das nicht. Jeder Behörde kann ich auf gleicher Weise einen vertraulichen Brief sicher in einem Briefumschlag schicken, gesichert durch das Briefgeheimnis. Im Kölner Internet geht das nicht. Jede/r kann jederzeit mit Stift, Papier und Unterschrift einen Vertrag besiegeln. Im Kölner Internet geht das nicht. Jede BürgerIn kann sich bei Bedarf gegenüber Fremden mit einem analogen Personalausweis erfolgreich ausweisen. Im Kölner Internet geht das nicht, wir haben keine digitale ID. Die Digitale ID ist ein Paradebeispiel für fehlende Digitalisierung. Wenn man sich klar macht, dass wir BürgerInnen für ALLE behördlichen Prozesse einen Personalausweis und/oder eine Unterschrift benötigen, dann leuchtet es schnell ein: Die Digitale ID der allererste Digitalisierungsschritt der gegangen werden muss, bevor man die</p>	<p>Emanuel Florakis (Klimafreunde)</p>

<p>Verwaltung digitalisieren kann. Ein Negativbeispiel ist der Anmeldeprozess zum ansonsten oben ja gelobten Elster-Formulares, der sich ggf. über Wochen und mehrere Stufen erstreckt - weil sich jede digitale Plattform ihren eigenen Workaround erarbeiten muss. Mit einer Digitalen ID wären solche Anmeldungen innerhalb von 1er Minute zuverlässig machbar. 3. Schritt: Die Zeilen werden nach Machbarkeit priorisiert und abgearbeitet, soweit dies kommunalpolitisch abbildbar ist. 4. Schritt: Jetzt beginnt die Kür und die innovative Digitalisierung; der Sprung in eine echte Smart & Green City kann beginnen. (Mir graut es ja von einer 'Smart City' im Sinne der 'Smarten Funktionen' von Apps wie Microsoft Word.)</p>	
<p>Digitalisierung ist nicht perse wichtig, also nicht als Zweck oder Handlungsfeld, sondern eher als Mittel, um eine reibungslosere Aufgabenerledigung in den anderen Feldern. Zum Beispiel sollten Kommunikationskanäle und Plattformen eingerichtet werden, damit Einwohner*innen miteinander und/oder mit Verwaltung, Rat und Bezirksvertretungen zusammenarbeiten können. Demokratische Teilhabe ist die Grundressource für alle Handlungsfelder.</p>	<p>Ngoc Gabriel (Klimafreunde)</p>

<p>Im Politikfeld Schulen und Bildung muss umgehend folgendes umgesetzt werden</p>	<p>Meint</p>
<p>Im Bereich Schule möchte ich einen deutlichen Schwerpunkt auf den weiteren Ausbau der integrativen Gesamtschulen legen. Die Real- und die Gesamtschulen stemmen de facto derzeit einen Großteil der Integrationsarbeit im Schulbereich. Das muss belohnt werden! Daher muss sich unser Hauptaugenmerk darauf richten, die Gesamtschulen bei dieser gesellschaftlich herausragend wichtigen Aufgabe bestmöglich zu unterstützen. Hier muss es die beste Infrastruktur und die beste Ausstattung geben. Weiterhin möchte ich, dass kostenloses, regionales Bio-Essen in unseren Schulen der neue Standard wird. Nur gesund und ausreichend ernährte Kinder können gute Schüler*innen sein.</p>	<p>Daniel Bauer-Dahm (Bündnis 90/ GRÜNE)</p>
<p>Alle Kölner Schulen müssen digital aus der Vergangenheit in die Gegenwart befördert werden. Glasfaseranschluss hilft nichts, wenn es innerhalb des Gebäudes kein leistungsstarkes WLAN gibt. Außerdem muss ein städtisch finanzierter IT-Servicepool geschaffen werden, damit Installations- und Wartungsarbeiten nicht von Lehrkräften durchgeführt werden müssen, sondern von IT-Profis.</p> <p>Da sich das Berufsleben gewandelt hat, müssen wir auch unser Betreuungskonzept anpassen. Daher brauchen wir in jedem Stadtbezirk eine „Rund-um-die Uhr-Kita“, damit auch Eltern, die in der Nachtschicht arbeiten, sicher sein können, dass ihre Kinder eine gute Betreuung erhalten.</p> <p>Die Stadt hat nicht genug Personal, um die Vielzahl neu zu bauender und zu sanierender Schulgebäude selbst zu betreuen. Sie sollte deshalb stärker auf die Unterstützung durch private Unternehmen zurückgreifen. Diese sind schneller, weil sie nicht den Regeln des öffentlichen Vergaberechts unterliegen. Aufträge sollten häufiger an Generalunternehmer vergeben werden, die die Gebäude im Auftrag der Stadt fertigstellen. Außerdem soll die Stadt verstärkt auf Public-Private-Partnership setzen; dabei bauen die</p>	<p>Gerd Kaspar (FDP)</p>

<p>Unternehmen auf eigene Rechnung und vermieten voll ausgestattete Schulen für 25 Jahre an die Stadt. Beide Prinzipien haben sich bewährt, werden aber in Köln zu selten genutzt. Um den Schulbau auch auf städtischer Seite zu beschleunigen, sollte die Gebäudewirtschaft in eine städtische GmbH (ähnlich Sportstätten) überführt werden.</p>	
<p>Die Schulbauten müssen Priorität haben. Nicht nur wohnortnahe Schulen müssen in ausreichender Form vorhanden sein, auch die Bauten an sich sind wichtig. Denn die Architektur, die Räume, sind ein wichtiger pädagogischer Faktor.</p> <p>Zudem ist es notwendig, dass die Digitalisierung der Schulen schnellstmöglich erfolgt, nicht nur um auf Distanz unterrichten zu können, sondern einfach, weil die Schülerinnen und Schüler den Umgang mit dieser Art zu arbeiten in der Schule als selbstverständlich kennenlernen und erwerben sollen. Ihnen darf dies nicht länger vorenthalten werden, da es hier um wichtige Kern-Kompetenzen geht.</p>	<p>Brigitta von Bülow (Bündnis 90/ GRÜNE)</p>
<p>Umweltbewusstsein, sozialer Ungerechtigkeit sowie Interkulturalität und Diversität sollten mehr Platz in den Lehrplan eingeräumt werden. Auswirkungen globaler Wirtschaft sowie Globalisierungsprozesse sollen ebenfalls thematisiert werden. Dies gilt auch für Steuerlehre, Wohnungssuche, usw. Die Schulung soll zur Lösung existentieller Probleme beitragen.</p>	<p>Dr. John Akude (Klimafreunde)</p>
<p>Inhaltlich hat die Kommune ja kein Zugriff, wir können/müssen nur die Räume und Arbeitsgrundlagen, also die Hardware liefern. Hier steht die Digitalisierung weiterhin an erster Stelle. Das W-Lan in den Schulen muss endlich flächendeckend und leistungsstark funktionieren, die Schulen müssen mit ordentlichen Endgeräten für alle Schüler ausgestattet werden. Besonders am Herzen liegt der FDP aber auch, dass diese Ausstattungen gepflegt werden. Wir brauchen IT-ler, die sich auf die Betreuung von Schulen konzentrieren, Software pflegen, Geräte austauschen etc.</p> <p>Ansonsten liegt vieles nach 6 Monaten in der Ecke und wird nicht mehr benutzt. Ferner muss die Instandhaltung von Gebäuden ernster genommen werden. Wie bei allen öffentlichen Gebäuden und Straßen, Brücken etc. wird oft am Anfang viel Geld investiert und dann lässt man es verkommen. Der Unterhalt ist endlich in Projekte mit einzupreisen. Ein weiteres Projekt von mir: die Verdichtung. Manche Schulen sehen sich selbst (man muss sie auf alle Fälle mitnehmen bei den Überlegungen) in der Lage, die Zügigkeit zu erhöhen, wenn nur kleine Stellschrauben verändert werden. So müssen vielleicht nur 2 Chemieräume eingerichtet werden, um weiteren Schülern Platz zu bieten. Das ist wesentlich ressourcenschonender als nur neu zu bauen.</p>	<p>Stefanie Ruffen (FDP)</p>
<p>Schulbauten schlau und innovativ planen (Räume teilbar, grüne Klassenzimmer, Schulhöfe anders planen und als multifunktionale Räume auch nach Unterrichtsende für alle anbieten).</p>	<p>Oliver Seeck (SPD)</p>
<p>Schneller mehr Schulen bauen - und zwar solche, die zukunftsfähige Bildung ermöglichen. Bei den Ausschreibungen sollte die Stadt sich von Experten beraten lassen, um effizient und zielgerichtet auszuschreiben, zudem Vergabe nur noch an Generalunternehmer. Auch die Gründung einer Schulbau-Gesellschaft halte ich für sinnvoll.</p> <p>Pflanzenbasierte und gesunde Kost in allen städtischen Einrichtungen, Schulen Kitas, etc.</p>	<p>Inga Feuser (Klimafreunde)</p>
<p>Im Bereich Wohnen brauchen wir eine Entfesselung des Wohnungsbaus von der ganzen angesammelten Bürokratie, um Investoren wieder bauen zu</p>	<p>Ralf Sterck (FDP)</p>

lassen. Die Kräfte in der Verwaltung müssen auf die Ausweisung von Bauland, die Erarbeitung von Bebauungsplänen und die Genehmigung von Bauanträgen gebündelt werden.	
---	--

Im Politikfeld sozialer Zusammenhalt und Integration muss umgehend folgendes umgesetzt werden	Meint
Begleitende Unterstützung der sozial-schwachen Familien, so dass Migrationshintergrund nicht unbedingt zur Schwierigkeiten in die Schule wird. Dies soll geschehen unter der Einbindung der Migrantenselbstorganisationen. Übrigens: Diese Organisationen sollten auch dabei unterstützt werden, eigenen Verband zu gründen.	Dr. John Akude (Klimafreunde)
Wir brauchen dringend eine öko-soziale Transformation und der Treibstoff sind engagierte Menschen. Ein Grund für das fehlende Engagement ist, dass eben der soziale Zusammenhalt fehlt. Die Gruppenidentität muss gestärkt werden, vor allem die mit dem eigenen Wohnumfeld, also die Identität mit der Nachbarschaft oder mit dem Veedel. Dafür braucht es zum einen echten Einfluss auf die Gestaltung der Lebensumgebung (also alltägliche Möglichkeiten zur demokratischen Teilhabe), und zum anderen eine einfache und ansprechende Möglichkeit sich mit, auch noch unbekanntem, Menschen zu vernetzen.	Ngoc Gabriel (Klimafreunde)
Um Sozialpolitik zielgerichteter und wirkungsorientierter zu gestalten haben wir die Erarbeitung von Lebenslagenberichten (sog. Armuts- und Reichtumsberichte) initiiert. . Man muss nicht alles neu erfinden, aber man sollte wissen, was aus den vielen beschlossenen Programmen und Maßnahmen gegen Armut und Ausgrenzung, zur Förderung und Unterstützung der Vielfalt in den Stadtteilen (wie z. B. Seniorennetzwerke, interkulturelle Zentren, Beratungsstellen für LGBTI, „Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumkoordination“, Integrierte Handlungskonzepte „Starke Veedel – Starkes Köln“...) geworden ist. Wirken sie? Merken die Menschen vor Ort überhaupt etwas davon? Sehen sie eine Verbesserung ihrer Situation? Anhand der Lebenslagenberichte wollen wir ableiten können, wie und wo sich was entwickelt hat oder auch nicht, um ableiten zu können, wo sinnvollerweise eingegriffen werden muss, wenn das Ziel XY erreicht werden soll. Eines meiner absoluten Lieblingsprojekte ist das Stadtteilmütter-/väter-Projekt. Das ist aus meiner Sicht eine Hilfe-zur-Selbsthilfe-Projekt vom Feinsten. Dieser Baustein in der Quartiersarbeit befähigt Menschen, sich in ihrer Umgebung zurechtzufinden, das soziale Netzwerk und die kommunalen Strukturen kennenzulernen, um so die Familie zu stärken und gesellschaftlich und sozial zu partizipieren. In meinen Augen sollte es massiv ausgebaut werden.	Marion Heuser (Bündnis 90/ GRÜNE)

Im Politikfeld Köln sein Umland und die Metropole Rheinland muss umgehend folgendes umgesetzt werden	Meint
Es wird damit gerechnet, dass Köln immer weiter wächst - dies ist allerdings sozial und ökologisch nicht mehr tragbar. Darum muss Köln, um sich selbst zu schützen (z.B. Überlast im Verkehr, fehlende Wohnungen, weitere Versiegelung von Grünflächen), vor allem die ländlichen, schrumpfenden, Regionen stärken. Der Druck immer mehr Menschen bedienen zu müssen, rechtfertigt bislang oft z.B. öko-sozial schädliche Baumaßnahmen.	Ngoc Gabriel (Klimafreunde)
Die Zusammenarbeit mit dem Umland wird in einer vernetzten Welt immer	Ralf Sterck (FDP)

<p>wichtiger. Ich fordere schon seit langem, dass die Kölner Kommunalpolitiker mit ihren Kolleginnen und Kollegen im Umland in einen inhaltlichen Austausch treten. Das darf nicht nur Job der Oberbürgermeister und Landräte bleiben.</p>	
<p>Im Politikfeld Kinder und Jugend muss umgehend folgendes umgesetzt werden</p>	<p>Meint</p>
<p>Hier will ich den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt verbessern, in dem wir u.a. Präventionsarbeit und die Beratung ausbauen! Kinder und Jugendliche müssen zudem altersgerecht in die Entscheidungsfindung einbezogen werden - durch Jugendparlamente, Befragungen usw.</p>	<p>Ulrike Kessing (Bündnis 90/ GRÜNE)</p>